



Dringliche Interpellation

betreffend **Bericht Ombudsmann zum Bereich Alter und Pflege**

eingereicht von: Bea Baltensberger und Mona Schwager, SP-Fraktion

am: 8. Mai 2006

Geschäftsnummer: 2006/028

Text und Begründung

Der städt. Ombudsmann hat im Jahr 2005 zahlreiche Personalgeschäfte aus dem Bereich Alter und Pflege behandelt, wovon ein erheblicher Teil im Zusammenhang mit der Reorganisation der städtischen Alters- und Pflegeheime gestanden. Entsprechendes konnte im neusten Jahresbericht der städt. Ombudsstelle und in einem Bericht des Landboten vom 12.04.06 gelesen werden. Im erwähnten Artikel bemängelt die Ombudsstelle u.a., dass die Stadt mehrfach versucht habe, das gültige Personalrecht zu unterlaufen. Es seien tiefere Auszahlungen vorgenommen worden, als dies das Personalrecht zulässt. Im Weiteren wird die Vermutung ausgesprochen, die Stadt habe gut qualifiziertes Personal zurückgestuft, um Billigeres anzustellen. Damit sei die eingeführte Besoldungsrevision umgangen worden. Die SP-Fraktion ist beunruhigt über diese Äusserungen der Ombudsstelle und ebenso über die Stellungnahme von Frau SR Ingold im Landboten vom 13.4.06 mit dem Tenor, es sei alles im Butter und mit rechten Dingen zugegangen. Es ist offensichtlich, dass hier die Wahrnehmungen diametral auseinanderliegen. In diesem Zusammenhang stellt die SP-Fraktion die folgenden Fragen:

1. Wie erklärt der SR die Tatsache, dass der Ombudsmann Mängel in der Umsetzung bei der Reorganisation der städtischen Heime ortet, welche von Frau SR Ingold im erwähnten Zeitungsinterview in Abrede gestellt werden?
2. Was hat der SR unternommen, um die beklagten Situationen im Bereich Alter und Pflege anzugehen?
3. Ist der SR bereit zu überprüfen, ob weitere verwaltungsinterne Massnahmen eingeleitet oder entsprechende Vorschläge zu Händen des SR oder des GGR ausgearbeitet werden müssen, damit künftig Vorkommnisse im Personalbereich, wie sie laut Bericht der Ombudsstelle passiert sein sollen, vermieden werden?